

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

8. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

6. Oktober 2020

Auf dem Weg ins Superwahljahr 2021



Wahlkreis 35: Hendrik Lange



Wahlkreis 36: Dirk Gernhardt



Wahlkreis 37: Henriette Quade



Wahlkreis 38: Janina Böttger

Am 26. September haben wir auf unserer Gesamtmitgliederversammlung im Steintor-Varieté unsere Direktkandidat*innen für die vier halleischen Wahlkreise gewählt. Darüber hinaus haben wir die Listenvorschläge für die Landesliste beschlossen.

Im Wahlkreis 35 wurde Hendrik Lange,
im Wahlkreis 36 Dirk Gernhardt,
im Wahlkreis 37 Henriette Quade und
im Wahlkreis 38 Janina Böttger gewählt.

An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle, die dazu beigetragen haben, dass unsere Versammlung reibungslos funktioniert hat. Danke an die Tagungsleitung, Danke an die Wahlkommission, Danke an die Antragskommission und Danke an die, die im Hintergrund gewirkt haben.

Anja Krimmling-Schoeffler & Jan Röttschke
(Stadtvorsitzende DIE LINKE Halle (Saale))

Gesamtmitgliederversammlung am 26. September - Wahlergebnisse

Beschluss über den Vorschlag an den Landesvorstand zur Aufstellung der Landesliste

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

Platz 1 - Henriette Quade

Platz 2 - Janina Böttger

Platz 3 - Elisabeth Nagel

Gemischte Liste

Platz 1 - Hendrik Lange

Platz 2 - Dirk Gernhardt

Platz 3 - Lukas Wanke

Platz 4 - Till Gaßmann

Platz 5 - Mathias Bote

Delegierte Landesparteitag 2021/2022

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

Delegierte

- Ute Haupt

- Anja Krimmling-Schoeffler

- Marion Krischok

- Henriette Quade

- Marianne Böttcher

- Janina Böttger

- Stefanie Mackies

- Leonie Heyner

Ersatzdelegierte

- Elisabeth Nagel

- Melanie Heyner

Gemischte Liste

Delegierte

- Hendrik Lange

- Bodo Meerheim

- Jan Röttschke

- Dirk Gernhardt

- Jens Breitengraser

- Lukas Wanke

- Jan Hoffmann

- Till Gaßmann

Ersatzdelegierte

- Niklas Ufer

- Jan Wagner

- Niklas Gießler

- Philipp Münchow

Delegierte Vertreter*innenversammlung

Liste zur Sicherung der Mindestquotierung

Delegierte

- Ute Haupt

- Marion Krischok

- Anja Krimmling-Schoeffler

- Henriette Quade

- Marianne Böttcher

- Janina Böttger

- Stefanie Mackies

- Katja Müller

Ersatzdelegierte

- Elisabeth Nagel

Gemischte Liste

Delegierte

- Hendrik Lange

- Bodo Meerheim

- Jan Röttschke

- Jens Breitengraser

- Dirk Gernhardt

- Lukas Wanke

- Jan Hoffmann

- Till Gaßmann

Ersatzdelegierte

- Lydia Roloff

- Jan Wagner

- Niklas Ufer

- Philipp Münchow

- Niklas Gießler

- Alf Zachäus

- Lorenz Schleyer

- Arian Werner

Weil es sein muss: Linke Mehrheiten in Stadt und Land organisieren

I. Ausgangslage

Die vergangenen vier Jahre haben den Bürger*innen auch in Halle eindringlich vor Augen geführt, wie schlecht die KENIA-Koalition als ein rein aus der Not geschmiedetes Bündnis für ihre Interessen funktioniert. Die Bildungspolitik im Land ist eine Katastrophe und führt auch in Halle zu massiven Unterrichtsausfällen. Aus dem Finanzministerium wurden massive Kürzungen angekündigt, die auch die Martin-Luther-Universität und die Kunsthochschule Burg Giebichenstein treffen werden. Seit Jahren spielt soziale Gerechtigkeit keine Rolle, was zu einer erschreckenden Armut in Sachsen-Anhalt führt, die auch in Halle insbesondere Kinder trifft. Auch wirtschaftspolitisch hat KENIA es nicht geschafft, die grassierende Niedriglohnbranche in Sachsen-Anhalt zu transformieren. Der Klimawandel spielt vor allem eine Rolle in Sonntagsreden, aber eine halbwegs angemessene Reaktion auf Dürren auf den Feldern und Waldsterben im Harz ist nicht zu erkennen. Während die „Corona-Krise“ noch längst nicht ausgestanden ist, gelingt es nicht einmal, kommunale Krankenhäuser vor der Schließung zu bewahren. Innenpolitisch ist man nicht in der Lage, bedrohte Menschen vor rechts-extremem Hass zu schützen und auf die faschistischen Strukturen und Verbrechen in diesem Land angemessen zu reagieren. Insbesondere der antisemitische, rassistische und antifeministische Anschlag vom 9. Oktober 2019 und der Umgang mit ihm hat berechtigte Kritik an der Landesregierung aufgeworfen, auf die Justiz- und Innenministerium bis heute nicht reagiert haben.

Als DIE LINKE Halle klagen wir dieses politische Versagen in vielfacher Hinsicht an und wollen deutlich machen, dass diese Politik keineswegs ausweglos ist. Vielmehr ist sie das Ergebnis von Entscheidungen der politisch Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt. Die CDU hat sich aktiv dazu entschieden, einen Innenminister aufzustellen, der gegenüber rechtsextremer Gewalt untätig bleibt. Sie wollte einen Bildungsminister, der es wagt, sich von einem seit langem offenkun-

digen Lehrermangel überrascht zu zeigen. Die CDU hält zu einem Finanzminister, der sogar in Corona-Zeiten von Kürzungen überzeugt ist und keinen Finger für die finanzschwachen Kommunen rührt, die ihre freiwilligen sozialen und kulturellen Leistungen zusammenstreichen müssen. Die Konservativen blockieren aus ihrer eigenen Überzeugung heraus jede positive Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Allerdings sind sie nicht alleine an der Regierung: Zwar gab es 2016 für Rot-Rot-Grün keine parlamentarische Mehrheit, trotzdem wird man in einer Koalition zu nichts gezwungen, vielmehr wird verhandelt. SPD und GRÜNE ruhen sich allzu oft darauf aus, dass sie sich in scheinbar bedingungsloser Koalitionsdisziplin den Wünschen der immer rechtslastigeren CDU fügen müssten, die teilweise weit über den Koalitionsvertrag hinausgehen. Das stimmt allerdings nicht: Eine Koalition ersetzt keinen produktiven Streit um die richtige Politik, der auch mal Konsequenzen haben muss. Es ist den Partner*innen nur zur Gewohnheit geworden, auf den jeweils widerstrebenden Part zu verweisen.

II. Ziele für 2021: LINKEs Signal aus Halle

Die Ziele der LINKEN in Halle und in Sachsen-Anhalt sind damit klar umrissen: Das Ende der KENIA-Koalition und die Wahl einer linken Mehrheit im Landtag mit einer Rot-Rot-Grünen Regierung als Zukunftsprojekt für einen starken Sozialstaat, eine ökologische Transformation, eine solidarische Gesundheitsversorgung und einen antifaschistischen Grundkonsens gegen jede Form von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie. Dazu muss DIE LINKE in Sachsen-Anhalt möglichst viele Stimmen für ein klares linkes Programm gewinnen und insbesondere stärker als die faschistische AfD werden. Wir freuen uns auf den bevorstehenden Wahlkampf, in dem DIE LINKE als einzige demokratische Opposition im Landtag mit harter Kritik an allen Regierungsparteien nicht sparen darf. Trotzdem muss klar sein, dass wir linke Mehrheiten brauchen und dazu SPD und GRÜNE nach der Wahl verpflichtet müssen, ihre progressiven Aussa-

gen mit uns gemeinsam endlich zu verwirklichen. Die gemeinsame Kandidatur zur Oberbürgermeisterwahl 2019 hat schon einen ersten Eindruck davon vermittelt, was möglich ist. Zwar konnte sich der parteilose Amtsinhaber behaupten - der Kandidat von CDU und FDP konnte trotzdem klar auf den dritten Platz verwiesen werden. Wir sind überzeugt davon, dass wir in enger Abstimmung mit der Landespartei dazu einen Beitrag leisten können und das Landtagswahlergebnis aus Halle ein starkes Zeichen für eine fortschrittliche Umwälzung in Politik und Gesellschaft geben wird. Wir wollen mit dem Ergebnis in Halle ein starkes linkes Signal setzen!

III. DIE LINKE Halle vor dem „Superwahljahr“ 2021

Wir stehen gemeinsam mal wieder vor einem „Superwahljahr“, da 2021 nicht nur der Landtag im Juni, sondern im September auch der Bundestag neu gewählt wird. Das erfordert von uns einen realistischen Blick auf unser Potential und auf die Punkte, die wir noch verbessern müssen. Als DIE LINKE Halle sind wir in der Stadt gut aufgestellt. Unsere drei Landtagsabgeordneten legen beständig den Finger in die Wunde der gescheiterten Landespolitik und machen deutlich, dass unser Programm nicht nur umsetzbar, sondern dringend notwendig ist. Viele unserer Mitglieder sind aktiv in politischen Initiativen, Verbänden und Vereinen und damit gut in der Stadtgesellschaft verankert. Sie übernehmen Verantwortung in Betriebsräten und Studierendenschaften. Sie gehen gegen rechtsextreme Hetze auf die Straße und bilden sich politisch weiter. Insbesondere in der Corona-Zeit haben sie große Solidarität gezeigt und gemeinsam mit sympathisierende Bürger*innen für verschiedene soziale Einrichtungen gespendet. Mit ihnen können wir glaubwürdig für eine linke Politik streiten. Als Partei konnten wir deshalb im Jahr 2020 nicht nur die erwähnte Corona-Spendenkampagne, sondern auch die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen den Lehrermangel im Zuge der Kampagne „Den

Mangel beenden“ aktiv voranbringen. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, den Verbänden der Lehrer*innen und pädagogischen Mitarbeiter*innen, dem Stadtelternrat und dem Stadtschülerrat konnten wir so ein starkes Zeichen gegen die KENIA-Bildungspolitik setzen und deutlich machen, dass viele Menschen sich diese katastrophale Politik nicht länger gefallen lassen und sich dagegen organisieren wollen.

Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen, unser Ergebnis von 2016 klar steigern und damit zur stärksten Kraft in Halle werden. Zuversichtlich stimmt uns dabei das Ergebnis der Kommunalwahl vom letzten Jahr, aus der DIE LINKE als Erstplatzierte hervorgegangen ist. Wir wissen trotzdem, dass es im Land und in der Stadt schwer werden wird. Die „Corona-Krise“ hat der Regierung verstärkt Möglichkeiten gegeben, sich selbst zu inszenieren, während die extreme Rechte gegen die Maßnahmen mobilisiert. Diese Situation lässt die Kritik der LINKEN an der Regierungspolitik und der verschwörungsideologischen Ignoranz oftmals unbeachtet. Außerdem wird das rot-rot-grüne Zukunftsprojekt von einer breiten reaktionären Vereinigung bereits zum Feindbild erklärt, weil es eine reale Machtoption für menschenfreundliche, realistische und bessere Politik bietet. Es ist ein Skandal, dass rechtsextreme Drohungen, Störversuche bis hin zu Angriffen, die wir bereits im letzten Kommunalwahlkampf erleben mussten, mitgedacht werden müssen. Zu einem solidarischen, linken und lauten Wahlkampf gibt es aber auch deshalb keine Alternative. Nur eine starke politische und parlamentarische Linke kann etwas an den Zuständen ändern und die Lebenssituation der Menschen in Sachsen-Anhalt endlich verbessern! Dafür brauchen wir im „Superwahljahr“ 2021 unsere ganze Kraft und Zuversicht, dass ein Wechsel möglich ist. Und er ist möglich: Unsere Wahlkämpfer*innen haben schon in diesem Jahr mit dem Volksbegehren Großes geleistet und etliche Menschen haben erkannt, dass ihre Interessen links sind und DIE LINKE ihre Interessen vertritt.

Wir kämpfen im Juni 2021 für linke Mehrheiten in Stadt und Land, weil es einfach sein muss!

1. September - Friedenslauf von DIE LINKE Halle

DIE LINKE Halle veranstaltete zum Weltfriedenstag am 1. September 2020 einen Friedenslauf. Gleichzeitig beteiligt sich die Partei damit an dem Hallianz-Spendenlauf und sammelt Geld für jeden von den Aktivist*innen gelaufenen Kilometer. Dazu erklärt der Stadtvorstand:

„Wir beteiligen uns am Hallianz-Spendenlauf, weil wir es wichtig finden, dass es Mittel für zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt gibt.

Nicht zuletzt die erschreckenden Bilder vom Wochenende haben gezeigt, warum es zum Beispiel gut ausgestattete antifaschistische Akteur*innen geben muss.

Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, damit am 1. September den Weltfriedenstag zu begehen. Dieser erinnert an die Schrecken des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs, der an dem Tag vor 81 Jahren mit dem deutschen

Überfall auf Polen begonnen hat.

Heute soll uns der Tag vor faschistischem Gedanken- gut und vor militaristischer Logik warnen.

Wir kritisieren deshalb die oftmals nationalistisch motivierte globale Aufrüstung und die rechtsextremen Vorfälle in der Bundeswehr, die nur inkonsequent aufgearbeitet wurden. Prinzipiell fordern wir den absoluten Vorrang ziviler Handlungsstrategien und eine Demokratisierung jedes Militärwesens.

Es braucht eine echte internationale Friedenspolitik, die nicht immer gewaltfrei sein kann, aber den Frieden als glaubwürdiges und erreichbares Ziel hat.“



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Anja Krimmling-Schoeffler/
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
01.10.2020
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 29.10.2020

Zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung

Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

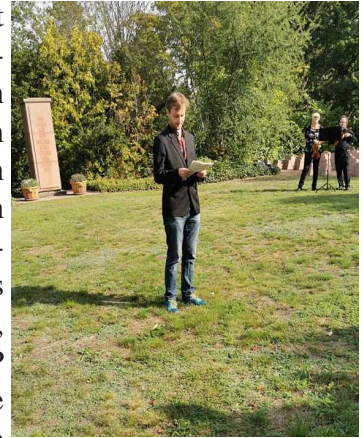
ich bedanke mich für DIE LINKE Halle für die Möglichkeit, heute hier sprechen zu dürfen. In unserem Stadtverband hat der heutige Termin immer einen hohen Stellenwert. Denn hier können sich alle Antifaschist*innen klar machen, warum sie kämpfen. Sie kämpfen um zu verhindern, dass faschistische Ideologien und faschistische Mörder jemals wieder an die Macht kommen.

Wir erinnern uns heute daran, wie der Faschismus in Deutschland besiegt werden konnte: Nicht durch die Eliten des NS-Staates, die viel zu oft davor und danach ebenfalls Eliten waren - sie haben ihr vermeintliches Gewissen erst nach 1945 wiedergefunden. Auch nicht durch einen spontanen Aufstand aus der Mitte der Bevölkerung heraus - diese wandte sich ebenfalls erst nach Ende teilweise vom Faschismus ab. Nein - die Befreiung Europas vom deutschen Faschismus gelang durch den Kampf der Alliierten und der vielen Partisanen und der viel zu wenigen deutschen Widerstandskämpferinnen.

Sie konnten letztendlich gewinnen, weil sie sich auf etwas einigten: Sie haben sich darauf geeinigt, den deutschen Zivilisationsbruch, den antisemitischen Massenmord und die gnadenlose faschistische Herrschaft zu beenden. Französische Konservative kämpften für einige Zeit an der Seite von deutschen Kommunist*innen, slowenische Unabhängigkeitskämpfer*innen an der Seite von österreichischen. Die Rote Armee kämpfte für das gleiche Ziel wie die US-Army. Jüdische Widerstandskämpfer*innen kämpften gemeinsam mit der britischen Kolonialbehörde. Kurzum: Diese Antifaschistische Einheit, die sich ganz praktisch gegen den Faschismus bildete, sicherte am Ende den Untergang des Deutschen Reiches.

Vorher hat es auf der ganzen Welt Konflikte um die Frage gegeben, wie man mit dem deutschen Regim umzugehen habe - genau wie man sich in Deutschland vor 1933 die Frage gestellt hatte, wie man denn die NSDAP zu verstehen hätte. Der Unterschied ist: In Deutschland haben die Kräfte gesiegt, die eine Verständigung wollten. Die Elite der Weimarer Republik und der bürgerlichen Parteien haben gesagt: Wir lassen Hitler mal machen. Obwohl auch bei allen Alliierten etliche Politiker*innen den schlimmsten Fehler

begangen und sich mit Hitler und Co. arrangieren wollten, haben sie diesen Drang am Ende abgewehrt. In Deutschland haben sich nicht die liberale Deutsche Staatspartei, das katholische Zentrum, die rechtsliberale DVP und erst recht nicht die deutsche nationale



DNVP gewehrt - nein, sie haben sogar mitgemacht und die faschistische Machtübernahme aktiv unterstützt. Sie haben die schlimmsten Verbrechen in Kauf genommen, um ihre Stellungen zu behalten.

Heute zeigt uns diese Niedertracht zweierlei: Zum einen gab es überall Leute, die sich dem Nationalsozialismus lieber heute als morgen unterwerfen wollten - wie unendlich dankbar müssen wir diejenigen sein, die sich dagegen gestellt haben. Die sich einer Welt eben nicht angepasst haben, in der Deutschland massenhaft mordet. Zum anderen zeigt uns das, dass die Nazis nie aus sich selbst heraus an die Macht kommen müssen. Es reichen Menschen und Strukturen, die sich nicht antifaschistisch dagegen stellen. In Halle hat die sogenannte „Neue Rechte“ ihre Zelte abgebrochen und der Höhenflug der AfD scheint gestoppt. Die neuen Faschist*innen sind aber noch da - sie besetzen Posten, machen fast täglich menschenverachtende Demonstrationen und in ihrer Parallelwelt aus Hass und Gewalt wächst der Terror, den wir am 9. Oktober 2019 in unserer Stadt und in diesem Jahr in Hanau sehen mussten. Wer hier keine klare Kante zeigt, wer hier auf ein Arrangement setzt oder diese Krise der Demokratie nur aussitzen will, tritt schon in die falschen Fußstapfen und gegen Demokratie und Menschenrechte an. Unsere Aufgabe, die Aufgabe jedes Antifaschismus, muss der Einsatz gegen diese Ignoranz und den Faschismus sein.

Wir danken dem VVN-BdA für seinen Teil des Einsatzes und verlangen an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich, dass die unverschämte Aberkennung der Gemeinnützigkeit zurückgenommen wird!
Vielen Dank!

Menschenverachtende Hetze stoppen - entschieden gegen den Missbrauch von Demonstrations- und Meinungsfreiheit vorgehen

Gemeinsame Resolution der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBürger & DIE PARTEI und Hauptsache Halle

Am 9. Oktober 2020 jährt sich der Anschlag auf die Synagoge und den Kiez-Döner in Halle zum ersten Mal. Die rechtsextrem und antisemitisch motivierte Tat am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur hat eine tiefe Wunde in der Stadt hinterlassen. Mit Jana L. und Kevin S. verloren zwei Menschen ihr Leben. Viele weitere ertrugen Todesängste, wurden körperlich und seelisch verletzt. Den Täter trieb blinder Hass auf jüdische Menschen, Ausländer, Frauen und Andersdenkende.

Auch ein Jahr nach dem Anschlag gedenken wir der Opfer und solidarisieren uns mit den Betroffenen, die das Erlebte und dessen Folgen ein Leben lang mit sich tragen werden. Wir sind uns unserer politischen und gesellschaftlichen Verantwortung bewusst, die wir als Stadträte und Stadträtinnen für ein friedliches, demokratisches und tolerantes Miteinander in Halle tragen. Niemals darf sich eine solche Tat wiederholen. Wir müssen wachsam sein, erkennen und verhindern, dass solchen Taten der Boden bereitet wird.

Umso besorgter blicken wir auf das Geschehen mitten im Herzen unserer Stadt. Woche für Woche, inzwischen nahezu Tag für Tag nutzt ein Rechtsextremer den Marktplatz als Bühne für menschenverachtende Parolen, die Relativierung des Holocaust, Hetz- und Hassreden gegen Minderheiten, Ausländer und politisch Andersdenkende. Mit einem Gefühl der Ohnmacht müssen die Hallenserinnen und Hallenser aber auch Touristen und Gäste unserer Stadt hinnehmen, welche Unerträglichkeiten das zu Recht hohe Gut der Demonstrations- und Meinungsfreiheit vermeintlich zulässt.

Der Schaden, den das Ansehen Halles, der Innenstadthandel und der Tourismus dadurch nehmen, ist enorm. Mit noch größerer Sorge nehmen wir wahr, wie Sven Liebich die Wurzeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserer Stadt angreift und ein tolerantes Miteinander in Halle schleichend zu vergiften sucht. Beinahe täglich wird auf dem Marktplatz vorgelebt,

dass man unbehelligt bleiben kann, wenn man Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer politischen Meinung oder sexuellen Orientierung beleidigt, beschimpft, bedroht, verleumdet und einschüchtert.

Wir sagen ganz klar, dass Demonstrations- und Meinungsfreiheit missbraucht und ausgehebelt werden, wo Menschen öffentlich als „Maden“ und „Läuse“ diffamiert, Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie mit der Verfolgung jüdischer Menschen im Dritten Reich gleichgesetzt und Andersdenkende auf Zuruf mit Anzeigen eingeschüchtert werden. Sven Liebich greift die Würde unzähliger Menschen in Halle und darüber hinaus an. Er ist nicht nur ein Problem für das Image der Innenstadt, sondern vor allem für die demokratische Verfasstheit unserer Stadtgesellschaft. Deshalb darf es nicht darum gehen, Sven Liebich einen anderen Platz für seine Hetze einzuräumen. Es muss darum gehen, ihn endlich zu stoppen.

Als Fraktionen des halleschen Stadtrats würdigen wir das Engagement des Oberbürgermeisters an dieser Stelle. Aber wir müssen als Stadtpolitik insgesamt erkennen, dass es auf Dauer keine Lösung sein kann, Sven Liebich mit Fahrgeschäften, Zuckerwatte- und Pommesbuden den Platz zu nehmen. Vielmehr hätte ein Rechtsextremer gewonnen, wenn die Gestaltung des Marktes auf Dauer an seinen Umtrieben ausgerichtet wird. Genauso hätte er gewonnen, wenn dadurch allen Menschen in Halle das Demonstrations- und Versammlungsrecht auf dem Marktplatz beschnitten würde.

Sven Liebich missbraucht demokratische Grundrechte, um Demokratie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Eine wehrhafte Demokratie darf das nicht zulassen. Unsere Gesetze und unser Versammlungsrecht lassen es aber zu, dagegen vorzugehen.

Vor diesem Hintergrund richten wir diesen Appell auch an die Polizei Halle als Versammlungsbehörde, an den Ministerpräsidenten sowie den Innenminister

des Landes Sachsen-Anhalt.

Es braucht keine Änderung des Versammlungsgesetzes, vielmehr muss es darum gehen, die Möglichkeiten des bestehenden Versammlungsrechtes tatsächlich auszuschöpfen. Wir glauben an die gemeinsame Überzeugung, dass rechtsextreme und menschenverachtende Hetze nicht länger unter dem Deckmantel der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Halle verbreitet werden darf.

Wir fordern alle Verantwortungsträger deshalb in-

ständig auf, die Umtriebe von Sven Liebich klarer als bisher zu analysieren, die gegebenen Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, sensibler zu prüfen und letztlich auch zu nutzen.

Es gibt schon lange keinen Grund mehr, vor Sven Liebich wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen. Aber es gibt - auch angesichts einer tiefen Narbe, die Halle durch den 9. Oktober 2019 behalten wird - allen Grund, Weltoffenheit, Toleranz und Menschenwürde in Halle entschieden und engagiert zu verteidigen.

Aus der letzten Stadtratsitzung am 30.09.2020

Die Sommerpause ist vorbei; seit einem Monat arbeitet der Stadtrat wieder. Und die erste Stadtratsitzung konnte wieder planmäßig stattfinden. Da die „Coronabedingungen“ noch immer aktuell sind, tagten wir in der Händelhalle.

Die Tagesordnung war prall gefüllt.

Seit Wochen provoziert der Rechtsextreme Sven Liebig mit seinen Veranstaltungen auf dem Marktplatz, mit menschenverachtenden Parolen und Hassreden gegen Ausländer und politisch Andersdenkende. Viele Initiativen, Parteien und Einzelpersonen haben sich in letzter Zeit sehr massiv gegen diese Auftritte gewehrt und fordern, dass diese Veranstaltungen verboten werden. Auch der Oberbürger Dr. Bernd Wiegand hat gestern im Stadtrat deutlich seine Meinung vertreten. Er sagte: „Ich werde immer meine Stimme erheben und deutlich machen, dass ein Rechtsextremer auf dem Marktplatz nichts zu suchen hat.“ Katja Müller verlas im Namen der Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, Hauptsache Halle und den MitBürgern § und DIE PARTEI eine Resolution, die sich gegen Sven Liebig richtete. Sie betonte, dass „es keine Änderung des Versammlungsrechtes braucht, vielmehr muss es darum gehen, die Möglichkeiten des bestehenden Versammlungsrechtes tatsächlich auszuschöpfen. Wir glauben an die gemeinsame Überzeugung, dass rechtsextreme und menschenverachtende Hetze nicht länger unter dem Deckmantel der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Halle verbreitet werden darf.“ Der Stadtrat fasste mit großer Mehrheit einen Beschluss, dass der OB alle Rechtsmittel ausschöpfen kann, um die Veranstaltungen von Liebig auf dem Markt verbieten lassen zu können, wenn der Markt schon mit anderen städtischen Veranstaltungen belegt ist. Damit hat er das

Mandat erhalten, auch vor Gericht, also gegen das Verwaltungsgericht, welches Liebig das Recht für seine Veranstaltungen letztlich erteilt hat, zu ziehen.

Auf der Tagesordnung stand die Aufhebung der Erhaltungssatzung Nr.55 Gartenstadt Gesundbrunnen; übrigens auch nicht zum ersten Mal. Grundsätzlich verbietet die Satzung, dass in den Vorgärten Parkplätze gebaut werden. Fakt ist aber, dass viele Anwohner Parkplätze errichtet haben, manche mit, andere ohne Genehmigungen. Anwohner hatten sich mit einer Unterschriftenliste an die Stadt Halle gewandt und die Aufhebung der Satzung eingefordert. Somit wären die errichteten Parkplätze nachträglich legalisiert wurden. Aber der Stadtrat hat in der Mehrheit gegen diese Aufhebung gestimmt. Jetzt ist damit zu rechnen, dass es Rückbauverfügungen gegen illegale Stellflächen geben könnte.

Demnächst wird es im Stadtrat elektronische Abstimmungen geben. Diesen Grundsatzbeschluss fasste der Stadtrat. Auch ein Änderungsantrag unserer Fraktion, dass ebenso eine Redezeitampel eingeführt wird, wurde übernommen und diese wird eingeführt.

Beschlossen wurde gestern auch die Spielflächenkonzeption. Sie beschreibt den Zustand von Spielplätzen, wann welche Plätze saniert werden und wo welche neuen Spielplätze entstehen müssten. Unsere Fraktion hatte einen Änderungsantrag eingebracht, dass wir für die Entstehung von Wasserspielplätzen in Heide Nord und auf der Silberhöhe plädierten. In beiden Stadtbezirken gibt es auch keine Freibäder, so dass etwas „kühles Nass“ gerade für Familien mit Kindern in diesen Gebieten wichtig wäre. Der Änderungsantrag und auch die Gesamtvorlage wurden angenommen.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den
Monaten September und Oktober Geburtstag haben.



Der Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Markthalle wurde von der Tagesordnung genommen. Bereits im Vorfeld gab es Kritik an dem Vorhaben und in allen beteiligten Fachausschüssen wurde gegen das Vorhaben votiert.

Große Diskussionen gab es zur Vorlage „Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke“. Zukünftig werden alle Namensvergaben im Kulturausschuss behandelt. Wichtig für uns und auch anderen Fraktionen war und ist, dass wir die Vergabe von Frauennamen bevorzugen. Steffi Mackies, Stadträtin unserer Fraktion, hatte sich die Mühe gemacht und alle Straßennamen analysiert. Sie führte aus, dass 270 Straßen in Halle nach Männern und nur 23 nach Frauen benannt sind. Steffi weiter: „Es sind in Halle mehr Straßen nach Ottos und Wilhelms benannt als nach Frauen“. Mit einer Stimme Mehrheit setzte sich der entsprechende Änderungsantrag und die Vorlage durch.

Ohne größere Diskussion wurde die 2. Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/2020 bis 2023/2024 beschlossen. Positiv vermerkt sei, dass in Heide-Nord eine weitere Gesamtschule und ein neues Gymnasium in der Stadt Halle entstehen wird.

Ute Haupt

Ortsverband Halle-Nord

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserem nächsten Treffen des Ortsverbandes Halle-Nord am **Mittwoch, dem 11. November 2020, 17:00 Uhr, im Linken Laden, Leitergasse 4,**

möchten wir herzlich einladen.

Themen: **Buchvorstellung Dieter Klein "Zukunft oder Ende des Kapitalismus?"** (Gen. R. Bauermann)

Auswertung 2. Sitzung des 7. Landesparteitages vom 11.10.2020

Informationen aus dem Stadtvorstand

Austausch zu aktuellen Themen

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme.

Euer Sprecher*innenrat

Eine kurze organisatorische Information

In der Zeit vom 28.09. bis zum 25.10.2020 ist die Geschäftsstelle des Stadtverbandes nicht regelmäßig besetzt. Beiträge und Spenden können in dieser Zeit nicht entgegengenommen werden. Auch Barauszahlungen sind nicht möglich.

Lydia Roloff

Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut am 17. Oktober ab 10 Uhr auf dem Marktplatz

Am Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut wollen wir mit einem Infostand auf die ausgegrenzten und Not leidenden Menschen aufmerksam machen und werden versuchen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wer uns unterstützen möchte, ist gern gesehen.

Senioren-Cafe' am 28. Oktober ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

„Was ist divers, inter- und transgeschlechtlich, pansexuell, queer? Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt verständlich erklärt!“

Referent: Dipl. Pädagoge Ants Kiel, BBZ „lebensart“ e.V.

AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung am 30. Oktober um 18 Uhr im "Kleeblatt"

Wir möchten uns zum Kohleausstieg (s. Amtsblatt, S. 2f.) und zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EZK) verständigen.

Senioren-Cafe' am 25. November ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4

Lichtbildervortrag über Halle von Gen. H.J. Gunkel

Basis-Treffen BO Riebeckplatz-Hofjäger
am 11. November ab 16 Uhr im Kartoffelhaus (Willy-Brandt-Str. 44)

Einheit verwirklichen und Weiterdenken - LINKE Perspektiven auf 30 Jahre Einheit

Es ist gar nicht so einfach, linke Positionen im Einheitsdiskurs auszumachen. Das liegt vor allem daran, dass es schwierig ist, in dieser bis heute wirksamen Geschichtsdebatte differenzierte Betrachtungen vorzunehmen, die sich um das Wohlergehen der Menschen kümmern und nicht nur um die Frage, welchen Grenzverlauf Staaten haben.

Aus dieser Perspektive ist die Einheit vor 30 Jahren sowohl ein Glücksfall als auch ein Auftakt zu einer Reihe objektiver Verschlechterungen der Lebensverhältnisse. Ein Glücksfall ist sie, weil sie die Konsequenz aus dem Niedergang der ohne Frage undemokratischen DDR war. Ohne den Mauerfall 1989 hätte es die Einheit nicht gegeben. Auch wenn es etliche kritische Stimmen gab, die sowohl gegen die Ein-Partei-Herrschaft als auch gegen die Übernahme des westdeutschen Systems protestiert haben, aber die Existenz des Staates war durch die zunehmend diktatorische Ausprägung des real existierenden Sozialismus an sich in Frage gestellt. Dabei ist es wie heute: Wenn die Wahl zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus scheint, haben es dissidente Stimmen für einen demokratischen Sozialismus schwer.

Auch wenn das vorherige Ende des undemokratischen Systems also aus einer linken und emanzipatorischen Sicht uneingeschränkt zu begrüßen ist, war die Einheit also zum einen in dieser Form nicht zwangsläufig und zum anderen auch nicht das, was sich die emanzipatorischen Stimmen gewünscht haben.

Vielmehr war sie Ausdruck der Politik der Schwarz/Gelben Regierung in Bonn unter Helmut Kohl. Sie hat es geschafft, nationalistisch flankierte Versprechungen zu machen, die bis heute nicht erfüllt sind. Und - das ist ein gern vergessener Fakt - sie haben für die Vereinigung mit Leuten zusammengearbeitet, die man heute als rechtsextrem bezeichnen müsste. Für viele wurde das mehr als bedrohlich: Migrant*innen, alternative Personen, kritische Linke und queere Menschen kamen von der repressiven DDR in eine Bundesrepublik, die mit Hilfe von Rechten im Osten aufgebaut wurde und deren Sicherheitsorgane - ganz ähnlich wie die Stasi Ende der 80er Jahre - offen militante Nazis gewähren ließen.

Auch die Mehrheit der Arbeiter*innen, die den real-

existierenden Sozialismus aus sehr berechtigten Gründen abwählen wollten, blickten in den 90er Jahren auf massive Angriffe auf ihre Arbeitsrechte und ihre VEB. Es folgten Massenarbeitslosigkeit, verstärkter Konkurrenzdruck und die Übernahme der Leitungsposten in Konzernen, Universitäten, Verbänden und Ministerien durch westdeutsche Eliten.

Bis heute wurden die mit der Einheit verbundenen Probleme nicht gelöst: Löhne und Renten sind im Osten niedriger als im Westen. Es gibt fast keine ostdeutschen Führungspersonen in ostdeutschen Institutionen, in westdeutschen schon gar nicht. Und die Faschist*innen, die teilweise schon da waren, sich teilweise faschisiert hatten und teilweise aus dem Westen kamen und noch kommen (siehe z. B. Björn Höcke oder Götz Kubitschek), sind noch heute da. Zwar gibt es die meisten dieser Probleme in Gesamtdeutschland - nichtsdestotrotz sind sie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt besonders präsent.

Wenn wir heute mit linkem Blick auf die Einheitsfeierlichkeiten gucken, dann sollte es nicht darum gehen, die „deutsche Einheit“ abzulehnen, denn sie ist ein politischer Fakt. Vielmehr sollte es darum gehen, eine Geschichte zu erzählen, wie es besser ginge. Im Grundgesetz sind gleichwertige Lebensverhältnisse versprochen, die es bis heute nicht gibt. Zwar gibt es auch in ostdeutschen Städten Gentrifizierung und Verdrängung, aber damit einhergehend auch immer mehr besonders verarmte Regionen - eine Tendenz, die sich im gesamten Bundesgebiet nachverfolgen lässt. Ein weiteres Element, welches weiterhin eingefordert werden muss, ist die Demokratisierung der Gesellschaft. Weder in Ost noch in West gibt es einen antifaschistischen Grundkonsens und überall hat die demokratische Zivilgesellschaft mit Repression und fehlender Unterstützung zu kämpfen. 30 Jahre deutsche Einheit verlangt also nach einer linken Perspektive. Diese Perspektive muss die Entwicklung in den letzten 30 Jahren kritisieren und für eine wahre Einheit erkämpfen. Nicht im Sinne einer nationalistischen Fixierung auf Staatsgrenzen, sondern im Sinne von gleichen Lebensverhältnissen und Möglichkeiten - nicht nur regional, sondern auch bei allen Menschen.

LW

Als die Mauer fiel,...

...änderte sich bei mir fast alles. Jeder Wechsel sei süß, so habe ich es einmal bei Aristoteles gelesen. Die Mauer fiel, bald darauf fiel auch meine 50. Geburtstagsfeier ins Wasser, die ich mit Kolleginnen und Kollegen an der Pädagogischen Hochschule in Halle erleben wollte. Und es sollte noch mehr fallen, von einem „süßen Wechsel“ keine Spur. Ich wurde in eine „Warteschleife“ geschickt mit der Hoffnung auf eine positive Evaluierung und anschließender Weiterbeschäftigung. Weiterbeschäftigung: nein, positive Evaluierung: ja; eine kleine Chance also? Mit meiner Weiterbeschäftigung zu rechnen war illusorisch, da ich Lehrerstudenten mit der Fachkombination Biologie/Freundschaftspionierleiter ausgebildet habe, denn das war entschieden zu „staatsnah“. So wie Pionierleiter damals ausgebildet wurden, würden sie heute glatt als „Schul-Event-Manager“ oder Sozialpädagoge durchgehen und für die Erziehung unserer Kinder sehr wichtige Stützen sein. Aber das interessierte damals nicht. Kurz, ich war ziemlich verzweifelt.

Ein Nachbar, junger Ex-NVA-Offizier, wollte mich aus dieser misslichen Lage befreien und uns beide zu einem einwöchigen „Lehrgang für politische Bildung“ des DGB in Duderstadt (Harz) anmelden. Ich ließ mich überreden, obwohl mir gar nicht der Sinn nach deren politischer Bildung stand. Aber so befreite er mich wenigstens aus der lähmenden Enge. Aber nicht die politische Bildung hatte diese Zauberkraft, sondern das mutmachende Denken und Reden der Teilnehmer untereinander. Da wurde von privaten Bildungseinrichtungen gesprochen, in denen ich als Lehrer mein Glück versuchen könnte, es wurde von den Möglichkeiten geschwärmt, in andere Länder und Städte in Richtung Westen zu reisen.

Ja, und mir kam dabei sofort in den Sinn, dass wenigstens eine Reise unternommen werden müsste. Meine Frau und ich hatten Jahre zuvor im DDR-

„Magazin“ einen sehr guten Beitrag über Friedensreich Hundertwasser und das nach ihm benannte Haus in Wien gelesen. „Schade, dass wir da nie hinkommen werden!“, lautete damals unser bedauerndes Fazit. Man sollte eben doch nie „nie“ sagen, weil es ja immer anders kommen könnte.

Heute bin ich 78 und habe bis zur Corona-Krise immer noch ein paar Stunden als Lehrer an einer privaten Bildungseinrichtung gearbeitet. Mancher fragte mich: „Warum tust du dir das in dem Alter noch an?“ „Ganz einfach: um reisen zu können. Florenz, Barcelona und Sizilien warten noch auf uns.“ Ohne diese Arbeit und das nötige Kleingeld, das sie einbringt, ginge das nicht. Und dennoch: Unter allen Freiheiten ist mir die Reisefreiheit eine der liebsten geworden. J. W. Goethe hat ja so recht: „Die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen.“ Außerdem hab' ich's mir zur Gewohnheit gemacht, auf Reisen ein Tagebuch zu führen, um auch die vielen großartigen Kleinigkeiten, die leicht in Vergessenheit geraten könnten, zur Verfügung zu haben, wenn ich einen ausformulierten Bericht verfasse. Auf diese Weise erlebe ich nämlich jede Reise zweimal: das Original sowieso und einmal nachbereitend und beides ist wunderbar.

Damit ist doch noch etwas an „Süße“ in den Wechsel gekommen und sie hat eine kleine Änderung in meinem Kapitalismus-Denken bewirkt: Wovon ich während der Mauerzeit höchstens träumen konnte, das ist nach dem Mauerfall wahr geworden. Aber ein Wichtiges bleibt dennoch zu bedenken: Für viele von denen, die ich in meinen Lehrer-Jahren nach dem Mauerfall in der Erwachsenenqualifizierung unterrichtet habe, konnte sich dieser Traum nicht erfüllen, ja, es konnte sich bei ihnen nicht einmal die Lust auf fremde Länder oder Städte entfalten. Da bliebe zu erstreben, dass je d e r im Sinne Goethes in den Genuss dieser besten Bildung käme. Lothar Waide

Nie wieder Krieg ! Eklat im Landtag!

Ist es wirklich schon 30 Jahre her, als die letzte Volkskammer der DDR mit großer Mehrheit beschloss, der BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes beizutreten. Wir, die Mitglieder der PDS-Fraktion, wollten eine Vereinigung nach Artikel 146 des GGS und eine Verfassung, die die Belange der Bevölkerung aus Ost und West gleichermaßen berücksich-

tigt. Dieses Vorhaben scheiterte mit allen negativen Folgen. Ich musste erleben, wie sich junge Herren aus den alten Ländern als Kolonialoffiziere bezeichneten, die uns Ossi erst einmal das Arbeiten beibringen müssten, wie die Treuhand unsere Betriebe verhökerte, wie lebensfähige Werke platt gemacht wurden, wie leistungsstarke Wissenschaftler aus unseren Universi-

täten entfernt und durch westdeutsche ersetzt worden sind... Viele von uns Älteren könnten Ähnliches berichten,

Auf ein Erlebnis möchte ich an dieser Stelle ausführlicher eingehen.

1. September 1995- Weltfriedenstag !

Die PDS-Fraktion im Landtag hatte beschlossen, an diesem Tag während der Mittagspause auf dem Domplatz zu Magdeburg zu demonstrieren, denn an diesem Tag sind - offiziell - erstmals seit 1945 deutsche Soldaten im Kriegseinsatz, und zwar in Jugoslawien. War nach 50 Jahren schon wieder alles vergessen oder verdrängt? Schuld und Leid und das „Lieber täglich trocken Brot essen als je wieder Krieg“?

Ich wollte ein Zeichen setzen, ein ganz persönliches. Mitarbeiter meiner Fraktion hängten vor Beginn der Landtagssitzung aus meinem Dienstzimmer in Richtung Domplatz ein Bettlaken, das mit dem Satz besprüht war:

Mütter, lasst eure Kinder nicht in den Krieg!

Roswitha Stolfa

Eigentlich konnte mir außer meiner Abwahl als Landtagsvizepräsidentin nichts weiter passieren. Was war das schon im Vergleich mit dem Leid meiner Großeltern, als ihr Jüngster, ihr achzehnjähriger Sohn noch in den faschistischen Krieg ziehen musste und nicht wieder zurückkehrte.

Trotzdem war ich sehr nervös und meine Hände waren kalt. Mir war es eben nicht egal, was danach passieren könnte, so sehr ich mir das auch einzureden versuchte. Nach der Mittagspause trat der damalige Landtagspräsident Dr. Keitel (CDU) an das Redner-

pult, um mit bebender Stimme zu verkünden; „... Werte Kolleginnen und Kollegen, ich sehe in dem Vorfall einen eklatanten Angriff auf die verfassungsrechtliche Stellung dieses Landesparlaments. Ich sehe darin einen Amtsmissbrauch, auf den ich mit meinen Mitteln reagiert habe...“ Nach meiner persönlichen Erklärung, in der ich meine Aktion unter anderem mit dem Schicksal meiner Familie begründet hatte, setzte der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion Dr. Bergner noch „eins drauf“, indem er mitteilte: „...Frau Stolfa, wenn Ihr Gewissen Sie dazu bringt, vorsätzlich gegen die Ordnung des Hauses zu verstoßen, dann sollten Sie aus Gewissensgründen als Vizepräsidentin zurücktreten... Wenn Sie das nicht tun, wird die CDU Ihre Abwahl betreiben.“

Der Abwahlversuch misslang, weil die CDU-Fraktion dafür nicht die nötigen Stimmen erhielt. Jedoch wurde mir im Ältestenrat mit den Stimmen von CDU, SPD und den Grünen eine Missbilligung wegen Verletzung der Hausordnung ausgesprochen. Auch in den Medien wurde im Zusammenhang mit meiner Aktion stets von einem unerhörten Eklat im Landtag gesprochen und geschrieben. Übrigens bekannten später Keitel und Bergner mir gegenüber, dass sie wegen ihres Verhaltens noch nie so viel böse Post aus dem In- und Ausland erhalten hätten. Ich sollte das doch alles nicht persönlich nehmen, sie hätten doch nur politisch reagiert. Eben!! Übrigens erhielt ich persönlich anrührende Briefe, die mich ermutigten, und zwar aus dem In- und Ausland- auch von Sozialdemokraten und nicht zuletzt von Christinnen und Christen.

Roswitha Stolfa

Wie es begann

Es begab sich zu Beginn des schicksalsträchtigen Jahres 1990. Da saßen in einer Gaststätte der sächsischen Kleinstadt Mittweida an die 10 Frauen und ließen sich das vorzügliche chinesische Menü schmecken. Wir gehörten einmal allesamt zur Abteilung Fremdsprachen der ortsansässigen Ingenieurhochschule. Dass auch ich, die „Abtrünnige“ eingeladen war, hätte zu DDR-Zeiten nicht sonderlich verwundert. Wir hatten uns in unserem Weiberteam trotz gelegentlicher kleiner Streitereien gut verstanden und mit vereinten Kräften manches für uns Unübliche durchgesetzt. Und es war auch nicht mein Tätigkeitsbereich, sondern vielmehr das kleinstädtische Um-

feld, das mich veranlasst hatte, das attraktive Arbeitsangebot am Sprachintensivzentrum der halleschen Uni anzunehmen und Mittweida zu verlassen.

1990 erfreute mich die Einladung umso mehr, da es zu dieser Zeit auch schon Freunde gab, die aufgehört hatten, einander zu grüßen. Unsere Stimmung war allerdings ziemlich gedrückt. Besonders die Russischlehrerinnen sorgten sich um ihre Arbeitsplätze, weil mit der zu erwartenden deutschen Einheit Ostkontakte und damit der Bedarf an einschlägigen Sprachkenntnissen zumindest eingeschränkt würden.

Als wir in Abwehr solcher dunklen Wolken über unseren Köpfen einige Gläser geleert hatten, trieb

mich etwas zu dem fast philosophischen Satz: „Im Grunde haben die Männer auf beiden Seiten der Grenze versagt!“. Worauf eine der Kolleginnen ausrief: „Und deshalb müssen wir Frauen die Macht übernehmen!“ Alle stimmten lachend zu..

Mir aber blieben die Sätze in irgendeiner Gehirnwinding haften, und als ich mich am nächsten Morgen leicht verkaterter auf den Heimweg begab, fiel mir der kurz zuvor im ND veröffentlichte Aufruf an Mitglieder, SympathisantInnen und InteressentInnen der PDS zu einem Frauentreffen am 26.1.1990 im Haus der SED ein. Da auch am Sprachintensivzentrum, für das ich damals noch als staatliche Leiterin Verantwortung trug, ähnliche Sorgen umgingen, entschloss ich mich, am nächsten Morgen nach Berlin zu fahren.

Unterwegs ging mir so mancherlei durch den Kopf. Einmal die irre Hoffnung, Frauen (Hexen!) könnten vielleicht „Wunder“ bewirken, zu denen Männer nicht in der Lage wären. Zum anderen befürchtete ich, vom „großen Haus“ entweder gröblich abgewiesen oder mit einer Handvoll ebensolcher verrückten Optimistinnen laut ausgelacht zu werden.

Natürlich geschah nichts dergleichen. In einem großen Saal waren etwa 300 oder mehr Frauen versammelt, es ging auch nicht um Wunder, auch weniger um

Sorgen und Ängste, sondern damals bereits um die Abkehr von der bis ressortartigen Frauen- und „Muttipolitik“, wie sie besonders in den 70er Jahren in der DDR praktiziert wurde, um die Frauenquote und um den Beitritt der damaligen Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS, der späteren Lisa, zum Unabhängigen Frauenverband, dem wir mehrheitlich zustimmten.

In einer der Gesprächspausen versprach mir eine Frau, Kontakt zu anderen engagierten Frauen in Halle zu verschaffen. So kam es, dass eines schönen Tages Heidrun Tannenberg vor meiner Tür stand. Sie wurde ein Jahr später Stadträtin für die PDS und danach Mitbegründerin sowie Sprecherin des Frauenpolitischen Runden Tisches in Halle.

So begannen unsere „wilden Jahre“ und eine fruchtbringende Zusammenarbeit mit vielen Frauen, was mir über den Verlust meines Arbeitsplatzes hinweghalf, und mir ein neues Betätigungsfeld, einschließlich einer zweijährigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Frauenforschung eröffnete.

Das Sprachintensivzentrum in Halle hörte jedoch tatsächlich ein oder zwei Jahre später auf zu existieren. In der DDR war es das Leitzentrum für russische Sprache in allen Sprachintensivzentren.

Marlene Neuber

Der erste Lehrer

„Jeder Wechsel ist süß!“, meinte einst Aristoteles und ließ seine Nachwelt ausprobieren, ob es tatsächlich so ist. Bis zur Wende hatte ich diesen Spruch fast schon vergessen, weil in meinem Leben nicht so viele Wechsel vorkamen. Die Wende machte ihn wieder lebendig.

Der mit ihr verbundene Wechsel aber war keineswegs süß und „Milka“ in Hülle und Fülle hinter der Ladentheke vermochte daran nichts zu ändern. Es war in der Tat eher ein bitterer, denn ein süßer Wechsel und wer nicht hinreichend Seele hatte, den zu ertragen, ist an ihm zerbrochen. Die Pädagogische Hochschule, die viele Jahre mein Hort zureichender Wohlfahrt war, durfte ich nicht mehr betreten. Stattdessen bekam ich eine „Warteschleife“ geschenkt; danach war mir, als müsste ich eine Bewährungsstrafe verbüßen. Vielleicht sollte ich ja auch bestraft werden? „In solchen grauen Zeiten hilft nur eines: Gegenhalten!“, sagte ich mir und tat es. Und so kam's, dass ich alsbald mit vielen Frauen und Männern zusammentraf, denen es

ähnlich wie mir erging. Damit begann aber auch eine Zeit, die viele angenehme Erinnerungen bewahrte wie z. B. diese Geschichte aus dem Jahre 1990 über ehemalige Arbeiterinnen der Draht- und Seilwerk GmbH Rothenburg. Rothenburg liegt unweit von Wettin und Halle in einem reizvollen Tal an der Saale, eingebettet in leuchtendes Rot von Sandsteinfelsen. Das Werk produziert begehrte Produkte, nur der Arbeitsplätze waren zu viele. Die Frauen mussten zunächst kurzarbeiten, dann waren sie einen Monat zu Hause, nun hieß es: wieder die Schulbank drücken, wer auf dem eng gewordenen Arbeitsmarkt eine Chance haben will.

„Das Bewerbungsanschreiben ist die Visitenkarte des sich Bewerbenden!“ So steht es in den Anleitungen zum Verfassen von Stellengesuchen, Anschreiben und Lebensläufen. Doch das ist für eine Facharbeiterin bzw. Teilfacharbeiterin nicht nur eine zeitraubende Prozedur, sondern auch eine fast unüberwindliche Hürde. Da war Hilfe angesagt und ich wurde ihr erster

Lehrer nach den vielen Jahren produktiven Arbeitens. Draht ziehen, verzinken, verseilen oder auch für die Belegschaft zu kochen, das hatten die Frauen mit „Augen zu“ gebracht. Wenn's auch manchmal schwer war, in Schichten zu arbeiten, sie waren mit Spaß und Freude dabei. Selbst die kleine, zierliche Frau Vogel, deren Berufung es ja auch ist, schön zu sein, der die Fingernägel aber verkümmerten, weil es eine der Flüssigkeiten, durch die die Drähte gezogen werden mussten, mit ihr gar nicht gut meinte. Oder die junge Frau Voller, die eine der Rollen mit verzinktem Draht nicht festzuhalten vermochte und deshalb die mittleren Zehen ihres rechten Fußes verlor; das Stehen auf einer Stelle ist seit dem mit heftigen Schmerzen verbunden. Die Arbeit hat Spuren hinterlassen; sie sind mit dem Betrieb alt geworden. Welche Spuren wird die Zeit ohne Arbeit hinterlassen?

In drei Wochen Unterricht ist keine fehlerfreie Rechtschreibung und Grammatik zu erreichen, das ist eine Langzeit-Aufgabe. Aber sie wollen besser werden,

das zählt. Im simulierten Bewerbungsgespräch verwechseln einige „mir“ und „mich“. „Das ist hier so üblich!“, meinten die Frauen. Aber es wurde ihnen auch klar, dass damit in Zukunft kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist, zumindest nicht in einem Einstellungsgespräch und sie strengten sich wer weiß wie an. Aber an das Formulieren von Schreiben an Behörden wagten sie sich doch noch nicht. Da musste ich voll einspringen. Das erinnerte mich an meinen Schwiegervater, der Anfang der 1950er Jahre Buchhalter in einer LPG war. Nicht selten kam ein Bauer zu ihm und bat: „Komm Fritz, setz mir mal das Schreiben auf!“ und dabei rutschte eine Leberwurst als Dank im Voraus zum Fritz hinüber. Auch in Rothenburg gab's Leberwurst, zum Abschied, hausgemachte, auf frischen Brötchen vom hiesigen Bäcker. Nun merkte ich, dass jeder Wechsel auch ein bisschen süß sein kann.

Lothar Waide,

Basisgruppe Heide-Nord

1989/1990 - Wende von der DDR zur BRD

Diese Zeit war für uns alle mit vielen Turbulenzen, Veränderungen im wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Leben verbunden.

All das war natürlich auch bei mir so.

Im Herbst 1987 hatte ich eine neue berufliche Laufbahn eingeschlagen. Ich war vom damaligen Natursteinkombinat, bei dem ich als Diplom-Ingenieurin gearbeitet habe, zum Rat des Saalkreises gewechselt. Dort arbeitete ich dann in dem Bereich, der u. a. mit der Vergabe von Nutzungsrechten am volkseigenen Grund und Boden, mit der staatlichen Verwaltung von Vermögenswerten von Bürgern, die die DDR verlassen hatten und auch mit Enteignungen befasst war. Ich war Sachgebietsleiterin.

Im Frühjahr 1990 veränderte sich meine Tätigkeit grundlegend, inhaltliche eigentlich ins Gegenteil. Schnell begannen die ersten Bürger ihre Ansprüche auf enteignetes Vermögen geltend zu machen. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür wurden erst etwas später erlassen. Auf der Basis des Vermögensgesetzes begannen wir, diese Ansprüche zu prüfen und zu entscheiden.

Für mich waren der Herbst 1989 und die ersten Monate nach der Wende wie Geschichtsunterricht.

Vieles von dem, was damals ans Licht kam, hatte ich

so nicht wahrgenommen und auch die alten Akten, die ich nun studieren musste, warfen z. T. ein neues Licht auf meine eigene Vergangenheit.

Immer mehr erkannte ich, dass viele Dinge in der DDR mit Demokratie nicht viel zu tun hatten und ich wünschte mir, wie viele andere auch, eine Umgestaltung meines Landes auf dieser Basis.

Umso trauriger war ich, als der „Stimmungsumschwung“ hin zu einer Einheit mit der BRD immer deutlicher wurde. Einen Anschluss an die BRD konnte und wollte ich mir nicht vorstellen. Ich kann mich noch genau an einen Moment erinnern, wo ich auf dem Markt stand und mir mit einem Mal die Tränen in die Augen schossen. Ich konnte mir meinen Platz in der neuen Gesellschaft einfach nicht vorstellen und auch meine berufliche Zukunft war alles andere als sicher. Viele Mitarbeiter*innen in anderen Städten und Kreisen, die die gleiche Tätigkeit wie ich ausgeübt hatten, wurden als staatsnah entlassen. Ich war sehr froh, dass der damalige Landrat des Saalkreises dies anders bewertete. Einigen Intrigen war ich trotz allem ausgesetzt, konnte mich letztendlich aber immer wieder behaupten.

Eine wesentliche Stütze in dieser für mich nicht leichten Zeit war meine Partei, waren die Genossen, mit denen

ich stets die Gedanken austauschen konnte. Und wenn ich heute zurückblicke, dann kann ich nur sagen: Das, was wir einmal gelernt haben, die Idee einer besseren, gerechteren Gesellschaft und die immer aufs Neue notwendige Entlarvung des menschenverachtenden kapitalistischen Systems, hat mich durch die Höhen und Tiefen meines bisherigen Lebens begleitet und geleitet. Am 03. Oktober 1990 wurde der Anschluss der DDR an die BRD vollzogen. Vieles von dem, was auch den Bürgern der BRD Positives gebracht hätte (Bildungssystem, Gesundheitswesen u. a.) wurde kaputtge-

schlagen. Viel wurde getan, um die DDR aus dem Gedächtnis der Menschen zu löschen. Das wird nicht gelingen. Ohne Vergangenheit kann es keine Zukunft geben, zumindest keine bessere, denke ich.

Einen Grund, den 30. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD zu feiern, gibt es für mich nicht, wohl aber einen Grund, kurz innezuhalten und zurückzublicken. Die Geschichte der DDR muss ehrlich und konsequent aufgearbeitet, Fehler und Missstände und deren Ursachen benannt werden. Und das dürfen wir nicht nur den Historikern überlassen.

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 09./10./11.09.2020

#Wahlalter

Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre

In Umsetzung des Wahlprogramms aus dem Jahr 2016 hat die Fraktion DIE LINKE die Absetzung des aktiven Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt auf 14 Jahre gefordert. Dazu brachte sie einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung und des Kommunalabgabengesetzes ein. Die kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim sagte dazu: „Die Interessen von Kindern und Jugendlichen finden in der Politik bisher nur in geringem Maße Beachtung. Mit der Absenkung des Wahlalters kann und soll dem entgegengewirkt werden.“ Auch angesichts der Tatsache, dass sich deutschlandweit Hunderttausende Schülerinnen und Schüler bei den Demonstrationen „Fridays for Future“ engagierten und dort ihre Meinung kundtun, sei es angezeigt, diesen jungen Menschen die Möglichkeit der direkten politischen Beteiligung zu geben. „Junge Menschen beschäftigen sich also nicht nur mit Politik, sie bringen auch eigene - junge - Themen ein. So ist derzeit im Land zunehmend eine Bildung von Kinder- und Jugendgemeinderäten zu verzeichnen.“, so die Abgeordnete weiter. Sie verwies in ihrer Rede auf sozialwissenschaftliche Analysen, nach denen junge Menschen heute bereits deutlich vor dem 16. Lebensjahr den Höhepunkt ihrer kognitiven Entwicklung erreicht hätten. So könnten Jugendliche ab einem Alter von ungefähr 14 Jahren über ihr eigenes Lebensumfeld hinausblicken, sich für Vorgänge und Entscheidungen interessieren, die nicht nur sie alleine betreffen und sie seien

sozial und moralisch urteilsfähig. Sie seien in der Lage, verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren. Der Gesetzentwurf wurde zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

#Antirassismus

15 Jahre Nichtaufklärung des Todes von Oury Jalloh

Die juristische Aufarbeitung der Todesumstände von Oury Jalloh ist abgeschlossen, alle polizeilichen Maßnahmen gegen ihn waren nach Sichtung der Akten rechtswidrig. Zu diesem Schluss sind die Sonderberater des Landtags gekommen. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE sollte allerdings kein Schlussstrich unter die parlamentarische Aufarbeitung der Todesumstände von Oury Jalloh gezogen werden. „Denn politische Aufarbeitung heißt weit mehr als juristische Aufklärung. Sie will keine Ermittlungen führen, sondern Konsequenzen ziehen und Fragen nach Verantwortung stellen.“, so die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade in ihrer Rede. Und weiter: „Nahezu alle polizeilichen Maßnahmen von Ingewahrsamnahme, über ID-Feststellung und Blutabnahme bis hin zur Fixierung waren rechtswidrig und zugleich gelebte Praxis im Polizeirevier Dessau. Zugleich konstatieren die Berater ein erhebliches Problem mit Rassismus, sowohl individuellem als auch institutionellem Rassismus, im Revier in Dessau.“ Daher könnte die Aufarbeitung könnten nur noch mittels eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vollzogen werden. Die Fraktion DIE LINKE wirbt mit ihrem Antrag dafür, den Abgeordneten der 8. Wahlperiode zu empfehlen, unmittelbar zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen

solchen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Studie zu Racial profiling

Internationalen Gremien zufolge ist „Racial Profiling“ seit Jahrzehnten Realität in der Bundesrepublik Deutschland und in Sachsen-Anhalt. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, sich gegenüber Bund und Ländern für eine gemeinsame, unabhängig und wissenschaftlich erstellte Studie zu Racial Profiling einzusetzen, welche die Praxis der Polizeien in Bund und Ländern untersucht. Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade brachte den Antrag ein und sagte: „Mit einer solchen Studie sollen die Grundlagen geschaffen werden, rassistische Diskriminierung durch polizeiliches Handeln genauer zu erfassen und die Ursachen zu identifizieren, so dass zielgenaue Schritte zum Abbau eben dieser Diskriminierung unternommen werden können - und ich bin froh, dass der Bund deutscher Kriminalbeamter die Notwendigkeit einer solchen Studie ebenfalls sieht, anders als der Bundesinnenminister von der CSU.“

So könnten rassistische Einstellungen handelnder Polizeikräfte ein Grund sein, weshalb untersucht werden solle, inwieweit solche Einstellungen zu Diskriminierung führen. Es kämen jedoch eine Reihe weiterer Ursachen in Betracht. Auch solche, die keine rassistische oder diskriminierende Intention hätten, sich aber so auswirkten. „Dies kann Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Abläufe in Behörden und die etablierte Praxis, also eingeübte Abläufe im Alltag, betreffen. Und es kann ebenso Auswirkung rassistisch diskriminierend wirkender Gesetze, wie z.B. der Residenzpflicht sein. Entsprechend muss untersucht werden, welche Faktoren zu Diskriminierung führen, so dass hier angesetzt werden kann.“

#Ehrenamt

Ehrenamtsgesetz

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Gesetzentwurf für die Stärkung des Ehrenamts ein. Eine genaue Definition des „Ehrenamts“, verbunden mit dem Abbau und der Beseitigung von Hindernissen und Erschwernissen für die Aufnahme ehrenamtlicher Tätigkeit, soll die Engagement-Bereitschaft jeder/jedes Einzelnen bestärken. Die drei wichtigsten Schwer-

punkte dabei sind:

- > die Einführung eines Ehrenamtsfonds des Landes zur Förderung des Einzelnen;
- > ein Kommunalbudget zur Förderung des Auf- und Ausbaus von Strukturen in den Kommunen;
- > der Abbau von Hindernissen zur Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Die arbeitsmarkt- und ausbildungspolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt sagte unter anderem: „Seit März dieses Jahres wird uns noch bewusster, was Ehrenamt alles leistet. Dieses solidarische Miteinander hat gezeigt, dass viele Menschen nicht nur an sich selbst denken.“ Sie sehe die Chance, wenn nicht sogar die Pflicht, des Landes einheitliche Bedingungen für das Ehrenamt zu gewährleisten.

#Bürgerentlastung

Straßenausbaubeiträge sollen nun zum 1.1.2020 abgeschafft werden

Mit ihrem Gesetzentwurf vom November 2018 hatte die Fraktion DIE LINKE die Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeiträge mit Wirkung zum 1. Januar 2019 gefordert. Nachdem dieser Gesetzentwurf bisher nicht im Landtag diskutiert wurde, weil die Koalitionsfraktionen sich nicht einigen konnten, hat diese nun doch einen gemeinsamen Nenner gefunden. Vorgelegt wurde nun der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, allerdings erst zum 1. Januar 2020. Offensichtlich war der Druck von Bürgerinitiativen und auch der erfolgreichen Volksinitiative „FAIRE STRASSE - für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt“ nun doch so groß geworden. Diesen Initiativen dankte die für Kommunalabgaben zuständige Sprecherin Kerstin Eisenreich ausdrücklich. Gleichzeitig kritisierte sie den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen unter anderem dafür, dass mit 15 Millionen Euro ab 2022 viel zu wenig Geld eingeplant werde, um den Städten und Gemeinden die fehlenden Einnahmen zu finanzieren. Die Fraktion DIE LINKE hatte in ihrem Gesetzentwurf insgesamt bis zu 55 Millionen Euro zur künftigen Finanzierung des kommunalen Straßenausbaus veranschlagt, da sich seit Jahrzehnten ein enormer Investitionsstau aufgebaut habe. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdB), 14. September 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im September 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.